Gibt es Probleme bei der Darstellung dieser e-mail ? Klicken Sie hier

FONDATION ROBERT SCHUMAN
Das Zentrum für Europäische Wissenschaft und Studien

Der Brief

Dienstag 13. Dezember 2011 Nummer 513

Der Newsletter als PDF | Die Applikation EUScope | Die Stiftung für

Die europäische Handelspolitik: Plädoyer für weniger Naivität

Autor : Anne-Marie Idrac

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht in ihrer Reihe "Question d'Europe" einen Beitrag von Anne-Marie Idrac, ehemalige Staatssekretärin für den Außenhandel (2008-2010) und Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung. Anne-Marie Idrac anaylsiert in ihrem Beitrag die europäische Außenhandelspolitik: Die Europäische Union ist die größte Wirtschaftsmacht der Welt; die Kompetenzen für den Handelsbereich sind ganz überwiegend vergemeinschaftet. Die Europäische Union ist ein sehr wichtiger Akteur in Bezug auf eine angestrebte weltweite Liberalisierung der Märkte, zahlreiche europäische Unternehmen sind weltweit aktiv...
Fortsetzung

Zusammenfassung

Neuigkeiten : Leitartikel - Bulgarien - Europa/Vielfalt - Rheinischer Kreis Finanzkrise : Banken - EZB - Österreich - Griechenland - Irland - Italien - Lettland - Polen - Slowakei Europäischer Rat : Einigung - Kroatien Kommission : Mehrwertsteuer - Entwicklung - Kleine und mittlere Unternehmen Rat der Europäischen Union : Erweiterung - Wettbewerb - Island Parlament : 753 Abgeordnete Gerichtshof : Einwanderung Deutschland : Afghanistan - Immigration - Karlspreis Belgien : Regierung - Programm Bulgarien : Renten Frankreich : Finanzen 2012 - EVP Griechenland : EIB Großbritannien : Spaltung Ukraine : Unterdrückung Europarat : Internet UNO : Klima NATO : Zukunft Eurostat : Migranten - Wachstum Berichte / Studien : Gleichheit - Ungleichheit - Europäische Verteidigung - Pressefreiheit Kultur : Ausstellung/Wien - Ausstellung/Italien - Ausstellung/Schweden - Ausstellung/Frankfurt - Ausstellung/Deutschland - Europäischer Buchpreis - Press Freedom Award 2011 - Nobelpreis

Agenda | Andere Versionen | Kontakt

Neuigkeiten :

Leitartikel

Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, hat auf seiner Internetseite einen Leitartikel zu den Ergebnissen des europäischen Gipfeltreffens am 9. Dezember veröffentlicht. In dem Leitartikel hält Giuliani fest, dass "die von den europäischen Staats- und Regierungschefs getroffenen Entscheidungen viele positive

Neuigkeiten bringen, die den Willen der Beteiligten unterstreichen, die Vertrauenskrise zu überwinden"... Fortsetzung

Bulgarien

Am 19. Dezember wird der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, im Bulgarischen Parlament an einer Debatte anlässlich des zweiten Jahrestages des Inkrafttretens des Lissabon-Vertrags teilnehmen. Jean-Dominique Giuliani wird sich zunächst zur Finanzkrise äußern, wobei er Ideen und Lösungsvorschläge erläutern wird. Am gleichen Tag wird das Bulgarische Parlament eine Informations- und Kommunikationskampagne starten, die über die dringendsten europäischen Fragen informieren soll... Fortsetzung

Europa und Vielfalt

Das Robert Schuman Institut für Europa organisiert in Zusammenarbeit mit der Robert Schuman Stiftung am 16. Dezember eine internationale Konferenz zum Thema "Europa - Vielfalt" im Konferenzzentrum "Évêques de France". Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird am runden Tisch zum Thema "Ausbildung - Politik - Kommunikation" sprechen... Fortsetzung

Rheinischer Kreis

Am 15. Dezember organisieren Joachim Bitterlich und Jean-Dominique Giuliani zum 7. Mal ein Treffen des Rheinischen Kreis' / Club Rhénan, ein deutsch-französisches Forum zur Zukunft Europas. Das 7. Zusammentreffen wird sich möglichen Auswegen aus der Krise widmen und den Anforderungen an eine gemeinsame deutsch-französische Verteidigungspolitik, in Anwesenheit des französischen Verteidigungsministers Gérard Longuet... Fortsetzung

Finanzkrise :

Rekapitalisierung der Banken

Am 8. Dezember veröffentlichte die Europäische Bankenaufsicht (EBA) eine offizielle Empfehlung und endgültige Zahlen betreffend der Bankenrekapitalisierung, die 114,7 Milliarden Euro betragen wird. Der Bedarf teilt sich folgendermaßen auf: 13,1 Milliarden Euro für deutsche Banken; 15,4 Milliarden Euro für italienische Banken und 7,3 Milliarden Euro für französische Banken. Diese Gelder sind Teil weiterer europäischer Maßnahmen, die am 26. Oktober auf dem europäischen Gipfeltreffen getroffen und am 30. November auf dem Ratstreffen "Wirtschaft und Finanzen" bestätigt wurden. Sie sollen der Union zu neuer Stabilität verhelfen und das Vertrauen in die Märkte wieder herstellen... Fortsetzung

Die EZB senkt die Zinsen und unterstützt die Banken

Am 8. Dezember teilte der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, mit, dass der EZB-Rat entschieden habe, den Leitzins um 0,25% auf 1% abzusenken. Darüber hinaus teilte er mit, dass die EZB von einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums im Jahr 2012 ausginge, mit einem Anstieg des BIP zwischen 0,4% und 1% mit einem leichten Anstieg im Jahr 2013 auf 0,3% bis 2,3%. Ferner teilte er mit, dass die EZB weiterhin den Finanzsektor mit "unkonventionellen" Maßnahmen unterstützen würde. Eine der hervorstechenden Maßnahmen ist die Ausgabe von dreijährigen Anleihen; bisher gab es nur eine Laufzeit von einem Jahr. Die nationalen Zentralbanken können den Banken ihrer Länder weiterhin Unterstützung zukommen lassen. Mario Draghi rief die Mitgliedsländer dazu auf, dringend Finanzreformen durchzuführen, aber auch Strukturreformen... Fortsetzung

Österreich stimmt für Schuldenbegrenzung

Das österreichische Parlament hat am 7. Dezember für ein Gesetz zur Schuldenbegrenzung ("goldene Regel") gestimmt, das zu einer Reduzierung der Staatsschulden führen soll. Die Regierung, bestehend aus der großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP, konnte jedoch nicht die für eine Verfassungsänderung notwendige 2/3-Mehrheit erreichen. Der Gesetzestext sieht vor, dass ab 2017 das jährliche Haushaltsdefizit Österreichs nicht mehr als 1,25% des BIP betragen darf... Fortsetzung

Griechisches Parlament stimmt Sparhaushalt 2012 zu

Am 7. Dezember hat das griechische Parlament mit 258 von 299 Stimmen dem Sparhaushalt 2012 zugestimmt. Die drei Regierungsparteien der Koalition unter Lucas Papademos stimmten dem Haushaltsentwurf zu, der Steuererhöhungen und beträchtliche Kürzungen der Ausgaben vorsieht. Griechenland kommt somit den Forderungen der Europäischen Union und des IWF nach. Der griechische Finanzminister Evangelos Venizelos kündigte ferner an, dass die Regierung ihre Verhandlungen mit privaten Gläubigern zur Reduzierung der Schuldenlast fortführen wird... Fortsetzung

Irland verabschiedet neue Sparmaßnahmen für den Haushalt 2012

Am 6. Dezember erläuterte der irische Haushaltsminister Brendan Howlin vor dem Parlament die neuen Sparmaßnahmen, die für den Haushalt 2012 vorgesehen sind. Von den Maßnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro soll 1 Milliarde durch Einsparungen im Gesundheits- und Bildungsminsterium erreicht werden, wie auch durch Einsparungen bei Sozialleistungen. Die Zahlungen an Familien sollen ebenso gekürzt werden (ab dem 3. Kind) und auch Zuzahlungen zu Heizkosten für Geringverdiener werden gekürzt. 800 Millionen sollen durch Kürzungen im staatlichen Investitionsbereich eingespart werden. Howlin sprach von "schwierigen und schmerzhaften" Entscheidungen, aber das Land habe keine Wahl, nachdem letztes Jahr ein internationaler Hilfsplan eingreifen musste, um das Land vor dem Bankrott zu retten... Fortsetzung

Vorhersagen 2012 für Italien

Das zuständige Ministerium teilte am 8. Dezember mit, dass Italien voraussichtlich 2012 eine Rezession erleiden wird mit einer Absenkung des BIP um 0,4%, bevor es 2012 voraussichtlich zu einem geringen Wachstum in Höhe von 0,3% kommen wird. Für das Jahr 2011 geht der Premierminister Mario Monti, der gleichzeitig Finanz- und Wirtschaftsminister ist, laut einem Bericht von einem Wachstum in Höhe von 0,6% aus... Fortsetzung

Ende der IWF-Hilfszahlungen?

Nach einer Mitteilung des lettischen Finanzministers Andriks Vilks vom 7. Dezember steht Lettland kurz vor der Unterzeichnung eines Abkommens mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Beendigung der Unterstützungszahlungen durch den IWF. Lettland hat aufgrund eines Hilfsprogramms seit Dezember 2008 1,68 Milliarden Euro erhalten. Im Jahr 2011 kann Lettland ein Wachstum von 4,5% verzeichnen. Im nächsten Jahr wird das Wachstum Lettlands nach Vorhersagen der Europäischen Kommission 2,5% betragen. Das Haushaltsdefizit wird entsprechend der Vorhersagen von 4,2% im Jahr 2011 auf 3,3% im Jahr 2012 sinken... Fortsetzung

Haushalt 2012 verabschiedet

Die polnische Regierung hat am 6. Dezember dem berichtigten Haushaltsentwurf 2012 zugestimmt, der nunmehr einen Anstieg des BIP um 2,5% vorsieht, statt wie zuvor 4%. "Dies ist ein Haushalt, der die Polen vor den Auswirkungen der Krise schützen soll, ohne radikale

Lösungen. Die Krise ist kein guter Zeitpunkt für revolutionäre Änderungen", erklärte der polnische Premierminister Donald Tusk. Polen, das zur Zeit nicht Mitglied der Eurozone ist, aber bis 2015 alle Kriterien erfüllen möchte, strebt an, im Jahr 2012 sein Haushaltsdefizit unter die 3%-Grenze des BIP abzusenken, die der Vertrag von Maastricht vorschreibt. Für 2011 liegt die Verschuldung noch bei 6,5% des BIP... Fortsetzung

Schuldengrenze

Das slowakische Parlament stimmte am 8. Dezember für ein Gesetzesvorhaben, das eine Schuldenhöchstgrenze von 60% des BIP vorsieht. Für den Fall des Erreichens oder der Überschreitung der Grenze von 50% des BIP sind Sanktionen vorgesehen; die Regierung muss Pläne für einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, sobald das Verschuldungsniveau 57% des BIP erreicht... Fortsetzung

Europäischer Rat :

Einigung der Eurozone über Einstieg in Fiskalunion

Am 9. Dezember trafen die Staats- und Regierungschefs der Union eine Einigung, um einen Ausweg für die Europäische Union aus der Krise zu finden. Die Einigung umfasst sämtliche 17 Mitglieder der Eurozone und 9 weitere Unionsländer, Großbritannien ausgenommen. Der europäische Finanzstabilisierungsfonds wird bis Mitte 2013 verlängert, der dauerhafte Eurorettungsschirm ESM wird ein Jahr früher als geplant seine Arbeit aufnehmen, nämlich bereits Juli 2012. Beide Instrumente werden für eine bessere Koordination der Europäischen Zentralbank anvertraut, deren Präsident die Maßnahmen als "sehr gutes Ergebnis für die Eurzone" bezeichnete. Darüber hinaus können die Mitgliedsländer ihren Beitrag an den IWF auf insgesamt 200 Milliarden Euro erhöhen; der IWF gibt das Geld als Unterstützungszahlung an in Schwierigkeiten geratene Länder weiter... Fortsetzung

Beschlüsse des EU-Rates

Am 9. Dezember wurde der Beitrittsvertrag von Kroatien zur Europäischen Union unterzeichnet. Der Vertrag muss nunmehr von den 27 Mitgliedsländern der Europäischen Union ratifiziert werden, wie auch von Kroatien. Der Beitritt soll zum 1. Juli 2013 erfolgen; durch den Beitritt wird Kroatien zum 28. Mitgliedsland der Europäiuschen Union. Die Staats- und Regierungschefs verschoben gleichzeitig den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Montenegro auf Juni und die Anerkennung Serbiens als Beitrittskandidat auf März nächsten Jahres. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darüber hinaus auf Eckpfeiler im Bereich Energiepolitik, auf die weitere Vollendung des Binnenmarktes und auf mehr Sicherheit, auch für Kernkraftwerke... Fortsetzung

Kommission :

Zukunft der Mehrwertsteuer

Am 6. Dezember verabschiedete die Kommission einen Beschluss zur Zukunft der Mehrwertsteuer. Das Ziel ist, sich innerhalb der Europäischen Union auf ein einfacheres Mehrwertsteuersystem zu einigen, das effizienter und robuster ausgestaltet sein soll. Dieses neue System beruht auf drei Pfeilern. Zunächst wird eine Erleichterung für Unternehmen angestrebt, um Bürokratieabbau zu fördern und den Austausch zu stärken. Die hierdurch gewonnenen Mittel sollen verstärkt zur Unterstützung des Wachstums eingesetzt werden; die Kommission will hierfür die Bemessungsgrundlage erweitern, anstatt die Stufen anzuheben. Abschließend wies die Kommission auf die Bedeutung des Kampfs gegen Steuerbetrug hin, 12% der Mehrwertsteuereinnahmen gehen hierdurch verloren. Die Kommission spricht sich ferner für eine Überprüfung der Mehrwertsteuererhebung und -überwachung aus... Fortsetzung

Europas Rolle in der Welt stärken

Am 7. Dezember verabschiedete die Europäische Kommission den Haushalt für das auswärtige Handeln, der für 2014-2020 gültig sein

wird. Der Haushalt erlaubt der Union, ihren internationalen Verpflichtungen nachzukommen: Kampf gegen Armut, Einsatz für Demokratie, Frieden, Stabilität und Wohlstand. Ein Schwerpunkt liegt in der Unterstützung von Entwicklungsländern, wie auch von Nachbarländern der Union und Beitrittskandidaten. Die Hilfszahlungen an 19 Schwellenländer wurden gestrichen, unter Beibehaltung der thematischen Programme. Diese Änderung betrifft Brasilien, China und Indien. Der Haushalt mit einem Umfang von 96 Milliarden Euro muss vom Parlament und dem Rat der Europäischen Union im nächsten Jahr verabschiedet werden... Fortsetzung

Bessere Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen

Am 7. Dezember präsentierte die Europäische Kommission einen Aktionsplan zur besseren Finanzierung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Antonio Tajani, Vizepräsident der Europäischen Kommission und zuständig für Unternehmenspolitik, erklärte, dass "die Hauptpriorität beim Ausweg aus der Krise in der besseren Finanzierung der KMU liegt". Die Maßnahmen sehen eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Risikokapital vor, um die Unternehmen in ihren Anfängen zu unterstützen. Dies soll durch die Schaffung eines echten Binnenmarktes für Risikokapitalfonds ermöglicht werden... Fortsetzung

Rat der Europäischen Union :

Allgemeine Angelegenheiten

Am 5. Dezember trafen sich die 27 Europaminister der Europäischen Union, um über Fragen zur Erweiterung zu sprechen, wie auch über die Stabilisierung und den Beitritt der Balkanstaaten. Die Minister betonten, dass bezüglich potentieller oder bereits offizieller Beitrittskandidaten noch wichtige Schritte zu bewältigen seien in den Bereichen Gouvernance und Wirtschaft. In einem gemeinsamen Entschluss sprachen sie sich für einen Beitritt Kroatiens zur Europäischen Union aus, der nach der Unterzeichnung und der Ratifizierung des Beitrittsvertrags erfolgen wird... Fortsetzung

Wettbewerb

Die 27 für Wettbewerb zuständigen Minister der Europäischen Union riefen die Kommission am 5. und 6. Dezember dazu auf, die Zusammenarbeit bei Grenzkontrollen mit den entsprechenden Staaten auszuwerten und sich auf verschiedene Prioritäten zu konzentrieren, wie die Modernisierung des Zollsystems, Risikobewertung und Kampf gegen Steuer- und Zollbetrug zur Herstellung sicherer und reibungsloser Handelswege. Die Minister einigten sich ferner auf Beschlüsse zur Industriepolitik, wobei sie eine finanzielle Unterstützung und steuerliche Entlastung für kleine und mittlere Unternehmen forderten. Ferner fordern sie eine bessere Regulierung der Energiereserven und der Rohstoffe. Die Minister diskutierten auch das Europäische Patent, insbesondere einen einheitliches Vorgehen zur Streitbeilegung und zum Schutz der Patente... Fortsetzung

Island

Island hat am 12. Dezember vier weitere Verhandlungskapitel zum Beitritt zur Europäischen Union abgeschlossen, allerdings bleibt das umstritttene Kapitel zur Fischerei weiterhin offen. Nach drei Verhandlungsrunden hat Island von 11 Kapiteln bereits 8 Kapitel beendet. Die Verhandlungen gehen schnell voran, da Island bereits Mitglied des gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraums ist und daher bereits einen großen Teil der Europäischen Richtlinien in nationales Recht umgesetzt hat. Die neu verhandelten und abgeschlossenen Kapitel betreffen das Unternehmensrecht, Unternehmenspolitik, Industriepolitik, transeuropäische Verkehrsnetze und das Gerichtswesen, wie auch Grundrechte... Fortsetzung

Parlament :

Das Europäische Parlament umfasst jetzt 753 Abgeordnete

Entsprechend des Vertrags von Lissabon wurde die Zahl der Europäischen Abgeordneten erhöht. Alle Länder mit einer erhöhten Abgeordnetenzahl haben nunmehr ihre Repräsentanten im Europäischen Parlament benannt. Sie werden erstmals diese Woche zur Sitzungswoche in Straßburg zusammentreffen. Spanien hat 4 neue Abgeordnete, Österreich, Frankreich und Schweden jeweils 2, Bulgarien, Italien, Malta, Lettland, die Niederlande, Polen, Slowenien und Großbritannien jeweils 1. Bis zu den nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments im Juni 2014 wird das Parlament somit 753 Abgeordnete umfassen... Fortsetzung

Gerichtshof :

Einwanderung

In einem Urteil vom 6. Dezember führt der Europäische Gerichtshof aus, dass das Einsperren von illegalen Einwanderern allein aus dem Grund, dass sie keine Papiere bei sich tragen, rechtswidrig ist. Nach Meinung des Gerichts steht das europäische Recht "einer nationalen Gesetzgebung entgegen, die zur Abschiebung illegaler Einwanderer aus Drittstaaten eine Gefängnisstrafe vorsieht". Eine "Untersuchungshaft" ("Garde à vue") ist nach dem Urteil jedoch zulässig für den Zeitraum, der notwendig ist, um die Gültigkeit der Papiere der betroffenen Personen zu klären. Eine Überstellung der betroffenen Personen in ein Abschiebezentrum ist laut Gericht ebenso möglich ab dem Zeitpunkt, in dem die Entscheidung zur Abschiebung getroffen wird. Dies kann jedoch nur der letzte Schritt sein und die Dauer in Abschiebehaft soll so kurz wie möglich ausfallen... Fortsetzung

Deutschland :

Afghanistan

Die Internationale Gemeinschaft traf sich am 5. Dezember in Bonn und versprach dort, Afghanistan bis 2024 intensiv zu unterstützen, unter der Bedingung, dass das Land sich weiter um Fortschritte in den Bereichen Demokratie und Kampf gegen Korruption bemüht. Entsprechend der Abschlusserklärungen der Bonner Konferenz "sind Afghanistan und die Internationale Gemeinschaft fest entschlossen, ihre Partnerschaft während der nächsten 10 Jahre fortzuführen", auch nach dem Rückzug der NATO-Truppen Ende 2014. Im Gegenzug verpflichtet sich Afghanistan, entschieden gegen Korruption vorzugehen, Reformen zur Regierungsverbessserung durchzuführen und die Demokratie zu stärken, in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft... Fortsetzung

Immigration und Arbeitsmarkt

Um mehr Ingenieure, Mediziner, Informatiker und Spezialisten aus der ganzen Welt zu gewinnen und zur Unterstützung des Wachstums hat die Bundesregierung am 7. Dezember die Einführung der europäischen "blauen Karte" beschlossen, die von der amerikanischen "green card" inspiriert ist. Die blaue Karte soll die Einwanderung von Hochqualifizierten erleichtern. Die Bundesregierung erhofft sich eine verstärkte Immigration von Hochqualifizierten zur Bekämpfung des Fachkräftemangels, gleichzeitig wurden die Beschränkungen zum Arbeitsmarktzugang für Rumänen und Bulgaren verlängert... Fortsetzung

Karlspreis für Wolfgang Schäuble

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble ist Preisträger des Karlspreises 2012, eine der höchsten europäischen Auszeichnungen, die er für seine Bemühungen um die Integration der Europäischen Union erhält. Mit dem Karlspreis, der am 17. Mai 2012 überreicht werden wird, soll Wolfgang Schäuble für "seine wichtigen Beiträge zur Stärkung der Währungsunion und zur Vertiefung des Einigungsprozesses" gewürdigt werden, wie der Bürgermeister von Aachen, Marcdel Philipp, am 10. Dezember in einer Pressemitteilung bekannt gab. Die Jury würdigt ebenso "seine herausragenden Verdienste zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas und seine Rolle als Ideengeber und wichtiger Akteur bei nahezu allen Integrationsfortschritten in den

vergangenen drei Jahrzehnten"... Fortsetzung

Belgien :

Regierung

Am 5. Dezember ernannte der Belgische König Elio Di Rupo entsprechend der Einigung vom 3. und 4. Dezember zum neuen Premierminister Belgiens. Die neue Regierung besteht aus 6 Vize-Premierministern, sechs Ministern und sechs Staatssekretären, die den 6 Parteien der Regierungskoalition angehören und zu gleichen Teilen Flamen und Wallonen repräsentieren. Die neue Regierung löst die vorherige Regierung unter Yves Leterme ab, die bereits vor 540 Tagen zurück trat. Am 6. Dezember leistete die neue Regierung vor dem König ihren Amtseid. Am 7. Dezember betonte der Premierminister vor dem Parlament in seiner Regierungserklärung die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Neuausrichtung des Landes. Am 10. Dezember sprach ihm das Parlament das Vertrauen aus mit 89 Ja-Stimmen und 54 Gegenstimmen... Fortsetzung

Wirtschaftsprioritäten der neuen Regierung

Am 7. Dezember hielt der neue belgische Premierminister Elio Di Rupo vor dem Abeordnetenhaus seine Grundsatzrede über die geplanten Politikvorhaben. Schwerpunkt wird die wirtschaftliche Erholung des Landes sein. Die von der Regierung hervorgehobenen Prioritäten sind der Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Sozial- und Steuerbetrug, Reform des Rentensystems mit einer längeren Einzahlungsphase, Reform des Steuersystems und ein Sparhaushalt. Bezüglich der politischen Situation Belgiens erklärte der Premierminister, dass er den Bürgern "Selbstvertrauen und Hoffnung" schenken wolle. "Wir hätten alles verlieren können während dieser langen Krise (...). Aber Belgien ist fähig, die Spaltungen zu überwinden", fügte er hinzu, woraufhin er lang anhaltenden Applaus bekam... Fortsetzung

Bulgarien :

Veto gegen Rentengesetz

Der bulgarische Präsident Gueorgui Parvanov legte am 11. Dezember sein Veto ein gegen ein Gesetz, dass eine Anhebung des Renteneintrittsalters um jährlich 4 Monate ab 2012 vorsieht, um schließlich einen Rentenbeginn mit 63 Jahren für Frauen und mit 65 Jahren für Männer zu erreichen. Das Veto zwingt das Parlament zu einer erneuten Überprüfung des Gesetzes. Falls das Parlament dem Text ohne Änderung zustimmt, ist der Präsident gezwungen, das Gesetz so zu akzeptieren... Fortsetzung

Frankreich :

Senat stimmt für Finanzgesetz 2012

Nach der Assemblée Nationale hat am 6. Dezember auch der Senat für das Finanzgesetz 2012 gestimmt, mit 175 Ja-Stimmen und 168 Gegenstimmen. Beide Kammern lehnten hingegen den Haushaltsentwurf ab, dieses Gesetzesvorhaben wird nun einem Ausschuss überwiesen, der zu gleichen Teilen aus Abgeordneten und Senatoren besteht, bevor eine neue Prüfung im Parlament erfolgen wird... Fortsetzung

Konferenz der Europäischen Volkspartei

Auf dem 20. Kongress der Europäischen Volkspartei, der am 7. und 8. Dezember in Marseille stattfand, wurde eine Erklärung verabschiedet mit dem Titel: "Europa nach vorne bringen: Ein stärkeres Europa zur Verteidigung unserer Werte und Interessen". Auf dem Kongress waren viele Staats- und Regierungschefs anwesend... Fortsetzung

Griechenland :

135 Millionen Euro durch EIB

Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird 135 Millionen Euro in Griechenland investieren, wie das Finanzinstitut am 9. Dezember mitteilte. 85 Millionen Euro werden in einen "Urban Development Fund" fließen; weitere 50 Millionen wird die "Pancretan Cooperative Bank" zur Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen erhalten... Fortsetzung

Großbritannien :

Regierungskoalition gespalten

Der britische Vizepremierminister, Nick Clegg, erklärte am 11. Dezember 2011, dass die Entscheidung des Premierministers David Cameron auf dem Europäischen Gipfeltreffen gegen die Fiskalunion "schlecht für Großbritannien" sei und das Land "isoliert und ausgegrenzt" im Innern der Europäischen Union zurücklassen könnte. Clegg kritisierte ebenso den Druck der konservativen euroskeptischen Partei, die Cameron zur Ablehnung der Einigung gezwungen und ihn in eine schwierige Position gebracht habe. Der Premierminister erklärte, dass er "finanzielle Garantien für Großbritannien" eingefordert habe - er wird seine Entscheidung am 12. Dezember vor dem Unterhaus verteidigen... Fortsetzung

Ukraine :

Neue Angriffe gegen Julia Timoschenko

Am 11. Dezember wurde Julia Timoschenko erneut von ukranischen Staatsbediensteten verurteilt. Die ehemalige Premierministerin wurde in ihrer Zelle verhört, bevor sie wegen Steuerhinterziehung und Veruntreuung von öffentlichen Geldern zwischen 1996 und 2000 verurteilt wurde. Aktuell verbüßt Timoschenko eine Haftstrafe von 7 Jahren aufgrund einer ersten Verurteilung im Oktober 2011. Der Berufungsprozess gegen dieser Verurteilung wird am 13. Dezember beginnen. Die Europäische Union zieht in Betracht, den für den 19. Dezember vorgesehenen Gipfel zwischen der EU und der Ukraine abzusagen, falls die ukrainische Regierung die Unterdrückung von Angehörigen der Opposition nicht sofort beendet... Fortsetzung

Europarat :

Internet

Am 8. Dezember hat das Ministerkomitee die Mitgliedsländer darauf hingewiesen, dass im Falle des politischen Vorgehens gegen bestimmte Internetseiten die Gefahr einer Verletzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung besteht. Es wurde eine "Erklärung zum Schutz der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit bezüglich Internetplattformen privater Anbieter und der Anbieter von Onlinediensten" verabschiedet. Das Ministerkomitee bekräftigte, dass die Prinzipien der Menschenrechte eingehalten werden müssten auch "in Situationen, in denen gegen Internetinhalte oder gegen Anbieter von Webseiten vorgegangen wird, wie auch beim Vorgehen gegen soziale Netzwerke im Internet"... Fortsetzung

UNO :

Klimakonferenz in Durban

Vom 28. November bis zum 11. Dezember fand in Durban die 17. Klimakonferenz der Vereinten Nationen statt. Mit zweitägiger Verspätung einigten sich die 195 Vertreter auf einen Fahrplan, der von der Europäischen Union vorgeschlagen worden war. Eine Arbeitsgruppe wurde eingerichtet, die eine rechtsverbindliche Einigung der größten Emittenten bis 2020 ausarbeiten soll. Zwischenzeitlich bleibt das Kyotoprotokoll, dessen Laufzeit eigentlich Ende 2012 enden sollte, in Kraft. Die Staaten wollen somit die Erderwärmung auf 2°C begrenzen... Fortsetzung

NATO :

Zukunftsstrategien

Am 7. Dezember trafen sich die 28 NATO-Mitgliedsländer zu einer Bilanz über die gemeinsamen Militäreinsätze - Afghanistan, Kosovo, Libyen - ,wobei sie die einzigartigen Möglichkeiten der NATO betonten. Die wichtigsten Themen sind der Übergang in Afghanistan und die Partnerschaft mit Russland. Trotz der Differenzen beim Thema Georgien bleibt die Zusammenarbeit mit Russland sehr wichtig. Dies wurde auf dem NATO-Russland-Gipfel am 8. Dezember nochmals bestätigt... Fortsetzung

Eurostat :

Migranten

Nach aktuellen Zahlen aus dem Jahr 2008, die Eurostat am 8. Dezember veröffentlichte, lag die Arbeitslosenquote bei den 25 - 54-jährigen, die im Ausland geboren sind, höher als bei der im Inland geborenen Altersgruppe (10% gegen 6%). Im Falle der Beruftstätigkeit ist es für im Ausland geborene Personen oft schwieriger, eine Stelle entsprechend ihrer Qualifikation zu finden. In der Europäischen Union lag im Jahr 2008 die Zahl der überqualifizierten Personen zwischen 25 und 54 Jahren, die im Ausland geboren sind, höher als die im Inland geborenen gleichen Alters (34% gegen 19%). Eine von drei im Ausland geborenen Personen zwischen 25 und 54 Jahren ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht... Fortsetzung

Wachstum

Nach neuesten Zahlen, die Eurostat am 6. Dezember veröffentlichte, ist das BIP der Eurozone im 3. Quartal 2011 um 0,2% angestiegen; bezogen auf die gesamte Europäische Union beträgt der Anstieg 0,3% im Vergleich zum vorherigen Quartal. Im 2. Quartal 2011 betrug der Anstieg in beiden Zonen 0,2%. Im Vergleich zum 3. Quartal 2010 beträgt der Anstieg 1,4% für die Eurozone und für die gesamte Union, gegenüber 1,7% in beiden Zonen im vorherigen Quartalsvergleich. Zum Vergleich: In den USA konnte im 3. Quartal ein Anstieg des BIP um 0,5% verzeichnet werden (1,5% für ein Jahr), in Japan ein Anstieg um 1,5% (-1,0% für ein Jahr)... Fortsetzung

Berichte / Studien :

Gleichheit der Geschlechter

Am 6. Dezember veröffentlichte die Weltbank einen Bericht mit dem Titel: ""Opportunities for Men and Women: Emerging Europe and Central Asia" ("Möglichkeiten für Männer und Frauen: Europäische Schwellenländer und Zentralasien"). Der Bericht hebt hervor, dass die "Herstellung von Gleichheit zwischen den Geschlechtern einen Beitrag zur wirtschaftliche Entwicklung leisten kann, wie auch zu höherem Wohlstand in den Schwellenländern Europas und in Zentralasien". Die Schlussfolgerungen des Berichts richten sich an die Regierungen, die die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verringern können, indem sie den Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt erleichtern, Bildungsreformen voranbringen und indem sie gegen die Ungleichheit im Gesundheitsbereich vorgehen... Fortsetzung

Anstieg ungleicher Bezahlung

In einer neuen Veröffentlichung mit dem Titel "Immer mehr Ungleichheit: Warum geht die Gehaltsschere weiter auseinander?" beklagt die OECD die wachsende Ungleichheit der Gehälter. Die Autoren der Studie untersuchten den Zeitraum 1985 - 2008. Ihre Anlayse basiert überwiegend auf dem Gini-Koeffizienten. Die Gehaltsunterschiede haben in Deutschland, Schweden, Südkorea, Japan, Großbritannien und den USA zugenommen... Fortsetzung

Europäische Verteidigung

Der "European Council on Foreign Relations" hat eine Studie von Nick Witney zur Lage der Europäischen Verteidigungspolitik veröffentlicht. Die Studie mit dem Titel "How to stop the demilitarisation of Europe?" ("Wie kann die Entmilitarisierung Europas gestoppt werden?") erläutert

die Herausforderungen der Europäischen Verteidigung in Zeiten der Finanzkrise, die die Mittel stark einschränkt. Nach Meinung des Autors muss Europa sich bewusst werden, dass nur eine gemeinsame Verteidigungspolitik der Union das nötige Gewicht verleihen kann, die eigenen Werte durchzusetzen; unter anderem sorgt sich Nick Witney über eine "Kultur der Entmilitarisierung in Europa" zugunsten einer "soft-power-Strategie" zum Thema Sicherheit... Fortsetzung

Pressefreiheit

Am 8. Dezember stellte Thomas Hammarberg, Menschenrechtsbeauftragter des Europarates, eine Veröffentlichung zum Thema "Menschenrechte und die sich ändernde Medienlandschaft" vor ("Human rights and a changing media landscape"). In dem Text werden unter dem Blickwinkel der Menschenrechte 6 Themengebiete analysiert: die sozialen Medien, Schutz der Journalisten vor Gewalt, ethischer Journalismus, Zugang zu Dokumenten staatlicher Autoritäten, öffentlich-rechtliche Medien und Medienpluralismus. Thomas Hammarberg erklärte: "Die Verteidigung der Menschenrechte hängt von der Freiheit und dem Pluralismus der Medien ab. Aus diesem Grund ist es so wichtig, gegen Einschränkungen der Freiheit durch Regierungen vorzugehen und gegen die Tendenz zu Medienmonopolen". Hammarberg sieht die Medienfreiheit in Europa bedroht... Fortsetzung

Kultur :

René Magritte

Das Wiener Museum "Albertina" zeigt bis zum 26. Januar in einer Ausstellung über hundert Werke des surrealistischen Malers René Magritte, die einen Überblick über sämtliche Schaffensperioden seines Lebens bieten. Die Albertina hat die Ausstellung gemeinsam mit der Tate Liverpool entworfen. Gezeigt werden die bekanntesten Gemälde Magrittes, aber auch Reklamearbeiten vom Beginn seiner Karriere, darüber hinaus Filme und Photographien, die bisher kaum zu sehen waren... Fortsetzung

Galerie Borghese und die Antike

Bis zum 9. April 2012 präsentiert die Galerie Borghese in Rom erstmals an einem Ort fast sämtliche Werke, die die einzigartige Sammlung des Kardinal Scipione Borghese ausmachen. 60 bedeutende Meisterwerke der Antike, die ursprünglich der Sammlung Borghese zugehörig waren, aber jetzt im Louvre in Paris beheimatet sind, werden wieder an ihrem Originalplatz gezeigt: Die Borghesische Vase mit dionysischen Szenen; der schlafende Hermaphrodit, von Bernini restauriert; die drei Grazien und der berittene Zentaurus. Die Ausstellung zelebriert die Kunst- und Kulturschätze Italiens anlässlich des 150. Jahrestages der Einheit des Landes... Fortsetzung

Frida Kahlo und Diego Rivera

Das Kunstmuseum von Götheburg widmet dem berühmten Künstlerpaar Frida Kahlo und Diego Rivera eine Ausstellung - die erste in Schweden. Gezeigt werden mehr als 30 Werke aus der Sammlung Jacques & Natasha Gelman, ebenso Zeichnungen, Lithographien, Collagen und Photographien und auch ein Film des japanischen Künstlers Yasumasa Morimura... Fortsetzung

Tomi Ungerer

Das Caricatura-Museum in Frankfurt präsentiert bis zum 18. März 2012 eine Ausstellung mit dem Titel "Satiricon", eine Sammlung der satirischen Werke des elsässischen Zeichners Tomi Ungerer, mit mehr als 50 bisher unveröffentlichten Werken. Die Ausstellung beinhaltet mehr als 170 Zeichnungen, Collagen, Skizzen und Plakate aus dem Museum Tomi Ungerer in Straßburg, deren Entstehung sich über mehrere Jahrzehnte verteilt... Fortsetzung

Retrospektive Otto Dix

Bis zum 18. März 2012 widmet Gera, Geburtsstadt von Otto Dix (1891-1969), dem berühmten Maler eine Retrospektive, zu Ehren seines 120. Geburtstags. Anhand von über 240 Werken, darunter mehr als hundert Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und Gravuren, kann die Karriere des Meisters des Expressionismus und der Neuen Sachlichkeit nachverfolgt werden. Die Ausstellung verfolgt auch den Weg der "verschwundenen Werke" Otto Dix, die in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts zur "entarteten Kunst" gezählt wurden... Fortsetzung

Europäischer Buchpreis

Am 7. Dezember wurde der Europäische Buchpreis 2011 an den Deutschen Maxim Leo und an die Polin Anna Bikont überreicht. Die Zeremonie fand im Europäischen Parlament statt, den Juryvorsitzender war der Britische Autor Julian Barnes. Der Preis soll Europäische Werte veranschaulichen und dazu beitragen, Europa seinen Bürgern näher zu bringen. Maxim Leo, 41 Jahre, ist Journalist der Berliner Zeitung und wurde für seinen Roman "Haltet euer Herz bereit, Eine ostdeutsche Familiengeschichte" ausgezeichnet. Anna Bikont erhielt den Preis in der Kategorie "Sachbuch" für ihr Werk "Die Tat und das Schweigen: Jedwabne 1941, die Erinnerung an ein Pogrom im heutigen Polen"... Fortsetzung

Press Freedom Award 2011

Der Press Freedom Award, den die Nichtregierungsorganisation Reporter ohne Grenzen vergibt, geht 2011 an zwei ungarische Journalisten, Maria Vasarhelyi und Pal Daniel Renyi. Die Auszeichnung fand am 9. Dezember in Wien statt. "Ihr Mut und ihr Einsatz für Demokratie sind beispielhaft, auch für uns", erklärte die Jury im Rahmen der Preisverleihung. Die zwei Journalisten wurden für ihre Artikel zum Thema "Verlust der Pressefreiheit" in Ungarn ausgezeichnet... Fortsetzung

Nobelpreisverleihung

Am 10. Dezember überreichte König Carl Gustaf XVI. von Schweden in einer feierlichen Zeremonie in Oslo die Nobelpreise für Frieden, Medizin, Literatur, Wirtschaft, Physik und Chemie. Auf die Preisverleihung, die entsprechend der Tradition am Jahrestag des Todes des im Jahr 1896 gestorbenen Preisstifters, Alfred Nobel, stattfand, folgte das traditionelle Bankett in Anwesenheit der königlichen Familie und 1400 Gästen... Fortsetzung

Agenda :

12 Dez

12. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Verkehr und Telekommunikation"

12 Dez

12. - 15. Dezember
Straßburg
Sitzungswoche des Europäischen Parlaments

13 Dez

14. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Justiz und Inneres"

14

14. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Handel"

Dez

15 Dez

15. Dezember
EU-Russland-Gipfel

15 Dez

15.-16. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Landwirtschaft und Fischerei"

15 Dez

15. - 17. Dezember
Genf
Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO)

16 Dez

16. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Allgemeine Angelegenheiten"

19 Dez

19. Dezember
Brüssel
Ratssitzung "Umwelt"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:

Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftun

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ; Katrin Gebhard, Venise Ollivier, Jennifer Ruther, Julian Schorpp

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}